



Presse – Ausschnitt FLZ - Ansbach vom 24.08.2017

Radweg: Freistaat greift tiefer in die Tasche

Für das Projekt Ansbach-Rügland übernimmt das Land die reinen Baukosten – NorA-Gemeinden sind zufrieden

RÜGLAND (edü) – Der Einsatz der kommunalen Allianz NorA hat sich gelohnt: Das Land Bayern wird die gesamten Baukosten für einen Radweg entlang der Staatsstraße 2255 zwischen Rügland und Ansbach übernehmen. Das gab gestern der CSU-Landtagsabgeordnete Jürgen Ströbel bekannt. „Ich bin sehr froh über diese Entscheidung“, sagte er gegenüber der FLZ-Redaktion.

Mit der Zusage hat das Innenministerium die vier Gemeinden Flachslanden, Lehrberg, Rügland und Weihenzell mit der Stadt Ansbach gleichgestellt. Die Stadt hatte bereits vor Monaten die Mitteilung erhalten, dass die reinen Baukosten für einen Radweg zwischen dem Ansbacher Klinikum und dem Lehrberger Ortsteil Röshof übernommen werden. Die NorA-Gemeinden hingegen sollten lediglich eine Förderung von 65 Prozent der Baukosten erhalten. Begründet hatte das Ministerium diese Ungleichbehandlung mit der unterschiedlichen Verkehrsbelastung.

„Viel Energie und Beharrlichkeit“

Damit drohte das gesamte Projekt, an dem das Ansbacher Tiefbauamt seit vier Jahren arbeitet, an der Finanzierung zu scheitern (wir berichteten). NorA-Sprecher Werner Hammerl (Rügland) und seine Bürgermeister-Kollegen schalteten Stimmkreisabgeordneten Ströbel, der in Rügland wohnt, ein. In Gesprächen mit der Regierung von Mittelfranken und seinem Parteifreund, Innenminister Joachim Herrmann, gelang es ihm, die Gleichbehandlung aller Partner des Radweg-Projekts zu er-



Die Chancen für einen Radweg entlang der Staatsstraße Ansbach-Rügland sind massiv gestiegen. Die Staatsregierung will sich finanziell stärker daran beteiligen als bisher von Minister Joachim Herrmann angekündigt. Foto: Dürr

reichen. „Das hat viel Energie und Beharrlichkeit gekostet“, so Ströbel.

„Mit dem Ergebnis können wir gut leben“, kommentierte Hammerl die gestern veröffentlichte Zusage. Allerdings wird der Radweg entlang der Staatsstraße die Kommunen trotzdem erheblich belasten. Sie müssen die Planungskosten und den Grunderwerb tragen. Dazu kommt der Mehraufwand für die Überbreite auf einigen Streckenabschnitten. Damit sollen auch landwirtschaftliche

Grundstücke erschlossen werden. Die Gesamtkosten sind auf insgesamt rund drei Millionen Euro veranschlagt. Rund ein Drittel davon müssen die Kommunen immer noch aufbringen.

Ein schlagendes Argument gegenüber dem Ministerium war nach Ströbels Worten der zunehmende Schwerlastverkehr auf der Strecke Ansbach-Rügland. Der Playmobil-Hersteller transportiert auf dieser Strecke seine Produktion von Die-

tenhofen ins Logistikzentrum bei Herrieden. „Die Sattelzüge machen diese Staatsstraße besonders gefährlich für Radfahrer“, sagte er.

In einem Schreiben an den Rügländer Abgeordneten spricht Innenminister Herrmann von „der lobenswerten Vorarbeit der beteiligten Gemeinden“. Nun sollte „die bauliche Umsetzung zeitnah erfolgen, um unserem Ziel, Bayern zum Radland Nummer eins zu machen, wieder ein kleines Stück näher zu kommen“.